Sitzungsvorlage

Datum: 02.05.2022

Drucksache Nr.: **22/0219**

Beratungsfolge

Jugendhilfeausschuss

Sitzungstermin

14.06.2022

Behandlung

öffentlich / Entscheidung

Betreff

Aufnahme der Kita „Am Kirchengenberg“, Niederpleis, in die Jugendhilfeplanung

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die geplante viergruppige Kita „Am Kirchengenberg“ in Niederpleis ab dem Kita-Jahr 2023 / 2024 in die Jugendhilfeplanung / Bedarfsplanung für die Kindertagesbetreuung aufzunehmen.

Sachverhalt / Begründung:

Der freie und gemeinnützige Träger „Terminal für Kids“ möchte auf dem Gelände im Südosten des Ortsteils Niederpleis eine viergruppige Kita mit zwei Gruppen für Kinder ab zwei Jahren bis zum Eintritt in die Schule (Typ I), einer Gruppe für Kinder ab vier Monaten bis einschließlich Zweijährige (Typ II) und eine Gruppe für Kinder ab drei Jahren (Typ III) errichten und betreiben. Insgesamt entstehen dadurch 70 bis maximal 75 zusätzliche Betreuungsplätze.

Die Terminal for Kids gGmbH (TfK) wurde 2006 als gemeinnütziger Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder im Alter von acht Wochen bis zum Schuleintritt gegründet und befindet sich heute zu je 50 Prozent im Besitz der Fraport AG und Herrn Udo Sicker (Gründer und geschäftsführender Gesellschafter).

Als anerkannter freier und gemeinnütziger Träger errichtet und betreibt die TfK ca. 20 Kindertageseinrichtungen mit Schwerpunkt in Hessen. In Bonn betreibt der Träger zwei Kitas mit jeweils drei Gruppen.

Um die Voraussetzungen für die Finanzierung und Förderung gemäß Kinderbildungsgesetz zu schaffen, empfiehlt die Verwaltung die Aufnahme der neuen Kita in die Jugendhilfeplanung ab dem Kita-Jahr 2023 / 2024.

In Vertretung

Ali Doğan
Erster Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan zur Verfügung.

- Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von
 über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.
 über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen.
Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.

- Bei der Maßnahme wurden inklusionsrelevante Aspekte berücksichtigt.
 Die Maßnahme hat keine Auswirkungen auf die Inklusion.